



Herr Hellermann, Bezirksamt Brackwede (bis 18:45 Uhr)  
Frau Trüggelmann, Bezirksamt Brackwede  
Frau Imkamp, Bezirksamt Brackwede, Schriftführerin

**Öffentliche Sitzung:****Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Frau Bezirksbürgermeisterin Schneider begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur heutigen 39. Sitzung der Bezirksvertretung form- und fristgerecht erfolgt und das Gremium beschlussfähig sei.

**Änderung der Tagesordnung**

Frau Schneider informiert, dass noch ein Beschluss über die in 2018 zur Verfügung stehenden sog. kleinen bezirklichen Grünmittel zu fassen sei und dass die Tagesordnung um diesen Punkt erweitert werden müsse.

**Beschluss:**

**Die Tagesordnung wird um den Punkt 12.2. „Verwendung der sog. kleinen bezirklichen Grünmittel in 2018“ erweitert.**

-einstimmig beschlossen-

---

**Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Gadderbaum**

**Zu Punkt 1.1 Optimierung der verkehrlichen Situation (insbesondere für Linksabbieger) an der Kreuzung Artur-Ladebeck-Straße/ Friedrich-List-Straße**

Frage in der Sitzung vom 22.02.2018:

*Wie kann die Situation für linksabbiegende Autos an der Kreuzung Quellenhofweg/Artur-Ladebeck-Straße bzw. Friedrich-List-Straße/Artur-Ladebeck-Straße verbessert werden?*

Dazu teilt das Amt für Verkehr mit:

Leider müsse die Situation für linksabbiegende Fahrzeuge an der Friedrich-List-Straße Ecke/ Quellenhofweg/ Artur-Ladebeck-Straße so bleiben. Da der Quellenhofweg und die Friedrich-List-Straße versetzt angeordnet seien, sei die Situation an der Stelle grundsätzlich schwierig. Eine Optimierung der Abbiegesituation könnte nur durch die Einzelschaltung der Ampelanlage der einzelnen Fahrbahnen geändert werden. Das würde allerdings den Stadtbahnverkehr wie auch den Verkehr auf der Artur-Ladebeck-Straße verschlechtern. Die Umstellung der Lichtsignalanlage sei somit nicht geplant.

Frau Trüggelmann informiert, dass man ihr auf telefonische Nachfrage beim Amt für Verkehr erklärt habe, dass auch entsprechende Markierungen nicht möglich seien. Aufgrund der mittigen Straßenbahnschienen sei nicht ausreichend Platz, zudem müsste für Markierungen die Kreuzung umgebaut werden. Markierungen würden im vorliegenden Fall allerdings ausscheiden, da hier kein Unfallschwerpunkt liege. Beobachtungen hätten gezeigt, dass hier sehr vorsichtig gefahren würde.

**Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.**

---

**Zu Punkt 1.2 Auftragen von Tempo 30-Piktogrammen auf der Fahrbahn innerhalb der Ortschaft Bethel**

Frage in der Sitzung vom 11.10.2018:

*„Können innerhalb der Ortschaft Bethel Tempo 30-Piktogramme aufgebracht werden?“*

Frau Trüggelmann teilt mit, dass das Amt für Verkehr derzeit die Möglichkeiten prüfe und Gespräche mit den v.B.S. Bethel geplant seien. Sobald neue Erkenntnisse vorliegen würden, würden die Bezirksvertretung und der ursprüngliche Fragesteller Herr Müller informiert.

**Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.**

---

**Zu Punkt 1.3 Straßenreinigung/Winterdienst in einem Teilstück der Straße Am Lothberg**

Frage in der Sitzung vom 11.10.2018:

*Ist es möglich, den Teilabschnitt der Straße Am Lothberg (Hausnummern 4-6) in das Straßenreinigungsverzeichnis der Stadt Bielefeld aufzunehmen, so dass diese auch gereinigt und dort der Winterdienst durchgeführt wird?*

Frau Trüggelmann informiert, dass sich die Straße Am Lothberg mit der Abgrenzung Langenhagen - Langenhagen gem. Straßenverzeichnis der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung der Stadt Bielefeld (Straßenreinigungssatzung) in der Reinigungsklasse 08 befinde. In diesem Fall werde die Straße einmal wöchentlich, i. d. R. montags, durch die Straßenreinigung des Umweltbetriebes gereinigt und der Winterdienst werde ebenfalls durch die Stadt organisiert, operativ durch die Straßenunterhaltung. Die Reinigung der Gehwege sei mit Zuordnung in diese Reinigungsklasse auf die Anlieger der angrenzenden Grundstücke übertragen. Lediglich die Abgrenzung Seitenstraße bei Hausnummer 4 befinde sich mit der Reinigungsklasse 07 im Straßenverzeichnis: Hier sei die Reinigungspflicht inkl. Winterdienstaufgaben -auch für die Fahrbahn- auf die Eigentümer der angrenzenden Grundstücke übertragen (s. §3 Abs. 1 Satz 3 und §4 Abs. 1 Satz 10 der Straßenreinigungssatzung).

Dies liege darin begründet, dass Kehrmaschinen und insbesondere auch das städtische Winterdienstfahrzeug durch dieses Teilstraßenstück „durchpassen“ müssten, vor allem müsste ausreichend Platz sein, um ein Wendemanöver durchführen zu können. Das sei dort leider nicht der Fall und auch der Hauptgrund, warum dort kein Winterdienst und keine Reinigung erfolgten.

Grundsätzlich seien die Eigentümer von Grundstücken verpflichtet, den Winterdienst ordnungsgemäß zu erledigen. Wenn es wegen eines nicht geräumten Weges dann tatsächlich zu einem Schadensfall kommen sollte, sei der Eigentümer schadensersatz- bzw. regresspflichtig und könne privatrechtlich belangt werden. Theoretisch könnte auch im Vorfeld das Ordnungsamt eingeschaltet werden und der Eigentümer aufgefordert werden, zu räumen, aber dieses Procedere sei leider wenig praktikabel, da „zu viel Zeit vergehe“, bis der Sachverhalt vor Ort durch den Außen-

dienst geprüft und ein entsprechendes Anschreiben mit Androhung von Zwangsmitteln oder aber auch Bußgeldern verschickt werde.

Frau Brackertz als ursprüngliche Fragestellerin informiert, dass sie zwischenzeitlich bereits Kontakt mit dem UWB gehabt hätte und sie darauf hingewiesen habe, dass die Straße in ihren Augen breit genug für ein mögliches Wendemanöver eines Schneeräumfahrzeuges sei. Man habe ihr dann einen Termin vor Ort angeboten.

Frau Schneider sichert zu, den Sachverhalt nochmals gemeinsam mit dem UWB aufzugreifen.

**Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.**

-.-.-

## Zu Punkt 2

### **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 38. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 11.10.2018**

#### **Beschluss:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 38. Sitzung wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

## Zu Punkt 3

### **Mitteilungen**

Frau Schneider macht folgende Mitteilungen:

#### **Errichtung einer neuen Fahrradabstellanlage am Freibad Gadderbaum**

Frau Schneider teilt mit, dass die neue Fahrradabstellanlage vor dem Freibad Gadderbaum nunmehr fertiggestellt und von den Bürgerinnen und Bürgern bereits viel positives Feedback erfolgt sei.

#### **Information über die aktuelle Bürgerinformationsbroschüre „Mein Gadderbaum“**

Derzeit liege die aktualisierte Broschüre an verschiedenen Stellen im Stadtbezirk aus. Bedauerlicherweise habe sich auf dem Deckblatt ein Fehler eingeschlichen: Statt 2017/2018 müsste es richtigerweise 2018/2019 heißen. Darüber hinaus weist sie darauf hin, dass für diese Drucksache eine Bielefelder Medienagentur und nicht das Bezirksamt Brackwede verantwortlich sei.

#### **Bauvorhaben auf dem Grundstück Johannistal 48**

Frau Schneider informiert, dass sie zwischenzeitlich das Gespräch mit Herrn Beigeordneten Moss gesucht habe. Im Verlauf desselbigen entschuldigte sich Herr Moss für die kurzfristige Rücknahme und das anschließende Absetzen des Tagesordnungspunktes in der letzten Sitzung, wengleich es dafür entscheidende Gründe gegeben habe. Außerdem habe in der letzten Woche ein Termin vor Ort mit betroffenen Anwohne-

rinnen und Anwohnern stattgefunden, der durchaus konstruktiv gewesen sei. Zum weiteren Vorgehen führt sie aus, dass das Architekturbüro in einer der nächsten Sitzungen die überarbeiteten Pläne öffentlich vorstellen werde.

Frau Trüggelmann teilt mit:

**Information zur aktuellen Verkehrssituation – Straße Am Großen Feld**

Die Kanalbauarbeiten in der Straße Am Großen Feld dauerten weiter an. Zusätzlich sei ab dem 07.11.2018 in einem weiteren Abschnitt die Deckertstraße im Kreuzungsbereich Am Großen Feld für weitere Kanalbauarbeiten voll gesperrt worden. Eine entsprechende Umleitung sei ausgeschildert. Der Bus werde ebenfalls umgeleitet. Die gesamten Kanalbauarbeiten seien voraussichtlich Anfang Dezember abgeschlossen.

Direkt am ersten Tage der Vollsperrung habe sich die verkehrliche Lage allerdings als äußerst problematisch erwiesen, weshalb der westliche Zweig der Straße Am Siek für beide Richtungen freigegeben worden sei. So bestehe nun eine Umfahrmöglichkeit über Höchte, Kapellenweg und Am Siek.

**Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.**

---

**Zu Punkt 4**

**Anfragen**

**Zu Punkt 4.1**

**Festsetzungen des Bebauungsplans auf dem Grundstück Johannistal 48**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7590/2014-2020

Anfrage der DIE LINKE:

*Warum ist aus Sicht der Verwaltung das Bauvorhaben innerhalb der Festlegung des bestehenden Bebauungsplans?*

Frau Trüggelmann weist darauf hin, dass die Planungen derzeit durch das Architekturbüro überarbeitet würden, weshalb die Anfrage zunächst in erster Lesung zur Kenntnis genommen werden sollte. Wenn die neuen Planungen vorgestellt würden, könne diese erneut in diesem Zusammenhang aufgenommen werden.

**Die Anfrage wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.**

---

**Zu Punkt 5**      **Anträge****Zu Punkt 5.1**      **Instandsetzung des Waldweges zwischen dem Johannistal und der Fußgängerbrücke über dem OWD****Beratungsgrundlage:**

Drucksachenummer: 7392/2014-2020

**Ursprünglicher Antrag der SPD-Fraktion:**

*Die Verwaltung wird beauftragt, den Waldweg zwischen dem Johannistal und der Fußgänger- und Radfahrerbrücke über dem OWD oberhalb der Bebauung nördlich der Straße Johannistal in Stand zu setzen. Mittel dafür sind bereit zu stellen.*

Frau Schneider verweist auf die Beratung in der Sitzung vom 11.10.2018 zu diesem Antrag und merkt an, dass der Antrag zwischenzeitlich durch die SPD-Fraktion abgeändert worden sei. Dieser lautet nun wie folgt:

**Geänderter Antrag:**

*Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie die ersten 300 Meter des Waldweges zwischen der Fußgänger-/Fahrradbrücke am Adenauerplatz und dem Johannisberg (s. Anlage zum Antrag) umweltgerecht in Stand gesetzt werden können.*

Herr Brunnert merkt an, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem geänderten Antrag nunmehr zustimmen könne und weist ergänzend darauf hin, dass der problematische Bereich des Weges ca. 200 m lang sei und genau mittig auf dem Streckenabschnitt liege. Zudem sei ihm bei einer Begehung des Bereichs aufgefallen, dass das Grundstück Johannistal 12 nicht vollständig erschlossen sei und eine Ertüchtigung des Weges auch für die Eigentümer des Hauses im Interesse läge, da so die Zuwegung für Rettungsfahrzeuge optimiert würde.

Sodann stellt Frau Schneider den geänderten Antrag zur Abstimmung und es ergeht folgender, vom ursprünglichen Beschlussvorschlag abweichender,

**Beschluss:**

**Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie die ersten 300 Meter des Waldweges zwischen der Fußgänger-/Fahrradbrücke am Adenauerplatz und dem Johannisberg (s. Anlage zum Antrag) umweltgerecht in Stand gesetzt werden können.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

**Zu Punkt 6****Weiteres Vorgehen bezüglich einer möglichen Denkmalsbereichssatzung im Johannistal**

Frau Schneider verweist diesbezüglich auf den vorliegenden Vermerk über die projektbezogene Sitzung vom 06.11.2018 und den dazugehörigen Übersichtsplan (*Anmerkung der Schriftführerin: Dieser ist als Anlage der Niederschrift beigelegt*).

In der anschließenden Beratung wird kontrovers diskutiert. Insbesondere werden dabei die Bedeutung und der rechtsverbindliche Charakter des Begriffs „Beobachtungsgebiet“ angesprochen. Darüber hinaus werden die Vor- und Nachteile der sofortigen Aufstellung eines Bebauungsplanes für das gesamte Gebiet gegeneinander abgewogen; diesbezüglich ist man auch der Meinung, dass personelle bzw. finanzielle Kapazitäten der Stadt Bielefeld bzw. des Bauamtes hier nicht ausschlaggebend für eine Umsetzung sein dürfen.

-.-.-

*Sitzungsunterbrechung von 18:29 – 18:39 Uhr*

-.-.-

Herr Spilker beantragt Einzelabstimmung über die Punkte des Beschlussvorschlages und anschließend ergeht folgender

**Beschluss:**

**In Abänderung des Beschlusses vom 22.02.2018 beschließt die Bezirksvertretung Gadderbaum nunmehr folgendes:**

- 1. Die Bezirksvertretung empfiehlt, zunächst keine Denkmalbereichssatzung aufzustellen.**

-einstimmig beschlossen-

- 2. Der gesamte Bereich „Johannistal“ nördlich und südlich der Straße Johannistal wird ab sofort als Beobachtungsgebiet ausgewiesen (im Übersichtsplan blau/blau gestrichelt eingezeichnet).**

-einstimmig beschlossen-

- 3. Die Bezirksvertretung wird unaufgefordert über alle wesentlichen Bauvorhaben im Beobachtungsgebiet informiert und beteiligt, welche den Gebietscharakter tangieren. Dies sind insbesondere alle Neubauten, bauliche Erweiterungen, Änderungen des äußeren Erscheinungsbildes der Fassaden und Dächer sowie Abbrüche, unabhängig von der Genehmigungspflicht nach Landesbauordnung.**

-einstimmig beschlossen-

4. Die Bezirksvertretung Gadderbaum behält sich vor, die Neuaufstellung bzw. Erweiterung und Änderung des bestehenden Bebauungsplanes (ggf. in Verbindung mit einer Veränderungssperre) zu fordern, sobald bekannt wird, dass geplante Bauvorhaben den bestehenden schützenswerten Siedlungszusammenhang beeinträchtigen. Im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanverfahrens ist dann durch die Verwaltung zu prüfen, welche konkreten Festsetzungen zur Wahrung und Erhaltung des schützenswerten Siedlungszusammenhangs getroffen werden müssen.

-einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen-

5. Das Bauamt wird gebeten, in zwölf Monaten über den aktuellen Stand und das weitere Verfahren zu berichten.

-einstimmig beschlossen-

---

## Zu Punkt 7

### Terminvereinbarungskonzept der Bürgerberatung

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7314/2014-2020

Frau Schneider verweist auf die Informationsvorlage und begrüßt Frau Wehausen, Bürgeramt, zu diesem Punkt als Berichterstatterin. Diese erläutert anschließend kurz die wesentlichen Eckpunkte des neuen Terminangebots, das demnächst in allen Bürgerberatungsfilialen eingeführt werden sollte: Künftig sei es erforderlich, für alle Anliegen, die in der Bürgerberatung erledigt würden, einen festen Termin zu vereinbaren. Für den Stadtbezirk Gadderbaum sei die Umstellung auf das neue Terminsystem zum 01.04.2019 vorgesehen. Im Anschluss geht Frau Wehausen näher auf Fragen aus der Bezirksvertretung ein.

Frau Schneider findet die Information, dass betroffene Bürgerinnen und Bürger, deren Personalausweise ablaufen würden, im Vorfeld benachrichtigt würden, sehr kundenfreundlich und begrüßt dieses Verfahren.

Frau Osei zeigt sich erfreut über die Verkürzung der Wartezeiten, die mit dem neuen Terminkonzept einhergehen sollen. Wichtig sei ihr außerdem, dass es auch möglich sein müsse, einen Termin telefonisch zu vereinbaren, da nicht alle Kundinnen und Kunden über einen Internetzugang verfügen würden. Sie bittet darum, Sorge dafür zu tragen, dass dies auch zukünftig weiterhin so bleibe. Dies sichert Frau Wehausen zu.

Frau Pfaff erachtet das Konzept als grundsätzlich gut durchdacht, hinterfragt aber, ob die Erinnerungen des Bürgeramtes an bald ablaufende Ausweisdokumente (per Post an die betroffenen Bürgerinnen und Bürger) wirklich notwendig seien und wie sich das finanziell auswirke.

Frau Wehausen merkt dazu an, dass ein Personalausweis lediglich alle zehn Jahre seine Gültigkeit verliere und sich die jährliche Mehrkosten durch den Briefversand in finanziell eher geringen Dimensionen bewegen

würden.

Frau Metten-Raterink hinterfragt, ob das neue Konzept für den Stadtteil Gadderbaum/Bethel mit seinen Besonderheiten auch wirklich passend sei.

Frau Wehausen unterstreicht, dass man sich darüber im Vorfeld bereits Gedanken gemacht hätte. Das System solle aber erst einmal analog zu den anderen Bürgerberatungsfilialen eingeführt werden, und wenn dann erkannt werde, dass dieses nicht wie erwartet funktionieren würde, könne auch nachgesteuert werden. Man wolle aber zunächst die neuen Erfahrungswerte abwarten. In diesem Zusammenhang schlägt sie vor, dass evtl. eine Broschüre in leichter Sprache herausgegeben werden könnte. Darüber hinaus könne man ggfs. überlegen, eine Art „offene Sprechstunde“ nach der offiziellen Beratungszeit einzuführen.

Herr Strauch kritisiert, dass die Nachmittagsöffnungszeiten zukünftig entfallen sollen; im Zeitraum 09:00-13:00 Uhr einen Termin zu vereinbaren, sei für Berufstätige schlecht machbar.

Frau Wehausen verweist in diesem Zusammenhang auf eine Statistik, derer zufolge die Nachmittagsöffnungszeiten in Gadderbaum nicht übermäßig genutzt worden seien. Im Durchschnitt wären fünf bis zehn Kundinnen und Kunden während der zwei Stunden dort gewesen.

Auf Nachfrage von Herrn Brunnert merkt Frau Wehausen an, dass das SB-Terminal für Terminbuchungen im Haus Nazareth täglich zugänglich sei, und nicht nur zu den Öffnungszeiten. Dieses werde im Wartebereich aufgestellt, wobei die genaueren Modalitäten noch geklärt werden müssten.

**Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.**

-.-.-

## **Zu Punkt 8**

### **Vorstellung von Dirk Hackländer als neuer Bezirksdienstbeamter der Polizei in Gadderbaum**

Herr Hackländer berichtet von seinem persönlichen und beruflichen Werdegang. Er berichtet, dass er auf eigenen Wunsch als Nachfolger für Herrn Birkner nach Bethel gekommen sei, weil man hier Menschen helfen könnte - das wäre die eigentliche Intention eines jeden Polizisten. Überwiegend würden sich sein Kollege Herr Ostheider und er im Außendienst befinden und seien dort im direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern. Darüber hinaus gehe es auch darum, ein gewisses Maß an Sicherheit und Präsenz zu signalisieren. Als möglichen Kontakt bei Problemen, die kein Fall für den allgemeinen Notruf 110 seien, verweist er auf die Durchwahl des Bezirksdienstbüros: 0521 1438120.

Im Anschluss geht er näher auf Fragen aus der Bezirksvertretung ein, wo insbesondere deutlich wird, dass verstärkte Geschwindigkeitskontrollen innerhalb des Stadtbezirks (z. B. an der Deckertstraße und am Bethelweg) gewünscht seien. Herr Hackländer weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass man für das „Lasern“ von Fahrzeugen den passenden

Standort benötigen würde, der auch ein anschließendes Anhalten der Autos und Verwarnen möglich mache.

Frau Pfaff weist darauf hin, dass der Gehweg vor der Martinschule teils von zu schnell fahrenden Radfahrerinnen und Radfahrern befahren würde, weshalb die Kinder dort teils „abgedrängt“ würden. Evtl. könnte dort ein Bügel oder eine Art Schranke aufgestellt werden?

Herr Hackländer nimmt diesen Hinweis auf, sieht die Zuständigkeit hierfür aber eher beim Amt für Verkehr (*Hinweis der Schriftführerin: Die Thematik ist an das Amt für Verkehr weitergeleitet worden und wird in einer der nächsten Sitzungen erneut aufgegriffen.*)

Frau Schneider bedankt sich anschließend für die Vorstellung und wünscht Herrn Hackländer in Ausübung seines Dienstes und auch privat alles Gute.

**Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.**

---

## **Zu Punkt 9**

### **Vorstellung des Gadderbaumer Turnvereins von 1878 e.V.**

Frau Schneider begrüßt Frau Dr. Stock und Herrn Hermann, die sich der Bezirksvertretung anschließend näher vorstellen. In diesem Jahr hätte der GTB sein 140jähriges Bestehen feiern können; in diesem Zusammenhang bedanke man sich herzlich bei der Bezirksvertretung für die Sondermittel, die für Übungsleiterscheine verwendet worden seien.

Derzeit habe der Verein 950 Mitglieder in 19 Abteilungen und Gruppen und gehöre damit zu den größten in Bielefeld. Trotzdem kämpfe man mit den Problemen des gesellschaftlichen Wandels: Durch den Offenen Ganzttag, verminderte Hallenzeiten und ein reichhaltiges Angebot von Alternativen in der Freizeitgestaltung würden insbesondere im Jugend- und jungen Erwachsenenbereich Mitglieder fehlen. Zudem seien qualifizierte Trainer und Übungsleiter sehr schwer zu finden.

Darüber hinaus seien am Bolbrinker zwischenzeitlich zwei von sechs Tennisplätzen still gelegt worden und die Tennisabteilung habe derzeit nur noch 80 Mitglieder, hier sei Belegung eine der Hauptaufgaben. Das dortige Clubheim mit Gastronomie werde gern von älteren Mitgliedern für Zusammenkünfte genutzt. Allerdings sei der Zugang nicht seniorenge-recht und erst recht nicht barrierefrei. Das halte leider viele ältere Mitglieder von einem Besuch ab, weshalb man die Bezirksvertretung um Unterstützung bitte. Davon profitiere letztlich nicht nur der Verein, sondern auch das Gemeinschaftshaus, das schließlich allen Gadderbaumerinnen und Gadderbaumer zur Verfügung stünde.

Frau Pfaff verweist diesbezüglich auf die letzte Sitzung, in der die Thematik „Barrierefreier Zugang zum Gemeinschaftshaus am Bolbrinker“ bereits besprochen worden sei. Entsprechende Planungen würden bereits anlaufen.

Frau Schneider bedankt sich anschließend bei Frau Dr. Stock und Herrn Hermann für ihr Engagement und wünscht dem GTB weiterhin viel Erfolg.

**Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.**

-.-.-

## Zu Punkt 10

### Neuer Straßenname für den Richard-Wilmanns-Weg

Frau Schneider verweist auf die projektbezogene Sitzung vom 06.11.2018.

#### Auszug aus dem Vermerk:

*„Frau Schneider weist darauf hin, dass bereits in der letzten Sitzung am 11.10.2018 ein Vorschlag für die Neubenennung gemacht worden sei: „Am Obstgarten“. Hier bestünde ein historischer, lokaler und räumlicher Bezug zur Straße, was sicherlich zu befürworten sei. Auch Pastor Pohl hätte sich damit bereits einverstanden gezeigt.*

*Frau Herting weist darauf hin, dass die Anliegerinnen und Anlieger des Richard-Wilmanns-Weges die Sorge geäußert hätten, dass aufgrund der Umbenennung nunmehr Kosten auf sie zukommen würden. Sie bittet darum, in dem offiziellen Anhörungsverfahren einen entsprechenden Passus in das Schreiben aufzunehmen, aus dem ersichtlich werde, dass keine Kosten für eine Umschreibung des Personalausweises o. Ä. erhoben würden, da die Umbenennung von Seiten der Stadt Bielefeld selbst initiiert worden sei.*

*Mit großer Mehrheit sprechen sich die Mitglieder der Bezirksvertretung anschließend für folgenden **Beschlussvorschlag** aus, über den in der nächsten Sitzung am 15.11.2018 abgestimmt werden müsse:*

***Die Bezirksvertretung spricht sich für eine Umbenennung des Richard-Wilmanns-Weges in „Am Obstgarten“ aus und bittet die Fachverwaltung, die notwendigen Schritte einzuleiten.“***

Herr Witte merkt an, dass er sich bezüglich des neuen Straßennamens enthalten werde, da er das Verfahren, was letztlich zu der Umbenennung geführt habe, als nicht korrekt empfunden habe. In seinen Augen seien die v.B.S. Bethel als Eigentümer des Weges in der Sache zuständig gewesen und hätten die Verantwortung dafür nicht an die Bezirksvertretung Gadderbaum abgeben dürfen.

Frau Schneider bittet anschließend um Abstimmung und es ergeht folgender

#### **Beschluss:**

**Die Bezirksvertretung Gadderbaum spricht sich für eine Umbenennung des Richard-Wilmanns-Weges in „Am Obstgarten“ aus und bittet die Fachverwaltung, die notwendigen Schritte einzuleiten.**

- einstimmig bei 2 Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

## Zu Punkt 11 Neufassung der Parkgebührenordnung der Stadt Bielefeld

### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7286/2014-2020

Frau Schneider weist darauf hin, dass die Vorlage bereits in erster Lesung in der letzten Sitzung am 11.10.2018 beraten worden sei. Nunmehr würden ergänzende Informationen zu den Anmerkungen von Herrn Brunner vorliegen.

Frau Trüggelmann teilt daraufhin die Stellungnahme des Amtes für Verkehr mit:

- *„Es würde noch mehr Verkehr in die Innenstadt gezogen, wenn man das Kurzzeitparken (in diesem Fall für „Handyparker“) attraktiver gestalten würde“*
  - Fachleute würden davon ausgehen, dass durch das Handy-Parken nicht mehr Verkehre entstehen und in die Innenstädte gelockt würden. Es könne allerdings sein, dass bei minuten-genauer Abrechnung in den ersten 30 Minuten Kurzzeitparkvorgänge tatsächlich eher beendet würden und damit der Parkdruck in bestimmten Bereichen geringfügig verringert werde.
- *„Es sei unklar, wie das Entrichten von Gebühren über das Onlineverfahren funktionieren würde“*
  - Die Stadt habe mit jedem der aktuell sechs Betreiber (die T-Systems sei im November 2018 hinzugekommen) einen „Vertrag über den Betrieb eines Systems zur digitalen Bezahlung von Parkgebühren“ geschlossen. Die Betreiber würden quasi die Gebührenschilder ihrer Parkkundinnen und -kunden übernehmen und würden der Stadt jeweils im Folgemonat die aufgelaufenen Gebühren überweisen. Die Richtigkeit der Abrechnungen werde stichprobenweise überprüft. Die Betreiber stellten dann diese Parkgebühren zusammen mit den jeweils vereinbarten Servicekosten den einzelnen Kundinnen und Kunden in Rechnung.

Weitere Informationen zum Handy-Parken könnte man über [www.smartparking.de](http://www.smartparking.de) und der städtischen Homepage (<http://www.bielefeld.de/de/sv/verkehr/parken/hap/>) erhalten.

Herr Brunner weist darauf hin, dass die Bezirksvertretung Mitte ebenfalls Kritik an der Vorlage geäußert habe, zudem könne er nicht erkennen, inwiefern sich an der Beschlusslage etwas geändert haben sollte. In seinen Augen sei noch immer keine ausreichende Basis für eine Beschlussfassung vorhanden.

Frau Trüggelmann merkt dazu an, dass es am 11.12.2018 um 16:00 Uhr ein projektbezogenes Gespräch geben werde, zu dem Herr Bezirksbürgermeister Franz eingeladen habe. Dann werden Vertreter des Amtes für Verkehr über die Punkte „Handy-Parken in Bielefeld (allgemein)“, „Parkzonen“ und „Weiterentwicklung des Handy-Parkens“ informieren und für Rückfragen der Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter zur Verfügung stehen. Dazu sei auch die Bezirksvertretung Gadderbaum herzlich einge-

laden. Sie sichert zu, die Einladung allen Mitgliedern kurzfristig per E-Mail zuzusenden und bittet um eine kurze Rückmeldung über die Teilnahme bis zum 30.11.2018.

Man einigt sich übereinstimmend darauf, diesen Termin zunächst abzuwarten und über die Vorlage dann in der nächsten Sitzung abzustimmen.

**Die Vorlage wird in 2. Lesung zur Kenntnis genommen.**

---

**Zu Punkt 12 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

**Zu Punkt 12.1 Stickoxid-Belastung am Haller Weg**

In der Sitzung am 13.09.2018 hatte Herr Heimbeck die Frage gestellt, ob die Stadt Bielefeld am Standort Haller Weg keine eigenen Messungen bezüglich der Stickoxid-Belastung durchführen könne.

Frau Trüggelmann teilt dazu mit, dass Messungen von anerkannten Messinstituten erfolgen und rechtssicher sein müssten. Zuständige Behörde für Messungen sei das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (kurz: LANUV). Die Stadt Bielefeld habe an der Straße Haller Weg im Zuge des Luftschadstoffgutachtens Messungen durch die Fa. Simuplan in Auftrag gegeben. Hier seien keine Überschreitungen des Grenzwertes, bezogen auf den Jahresmittelwert, festgestellt worden. Weitere eigene Maßnahmen seien somit nicht erforderlich.

**Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.**

---

**Zu Punkt 12.2 Verwendung der sog. kleinen bezirklichen Grünmittel in 2018**

*Anmerkung der Schriftführerin:*

*Die Tagesordnung ist um diesen Punkt entsprechend erweitert worden;  
Beschlussfassung s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“*

Frau Schneider weist darauf hin, dass noch 1.338 Euro für das Jahr 2018 zur Verfügung stünden. Der UWB habe vorgeschlagen, diese Summe für die Anschaffung von insgesamt fünf Hundekotbeutel Spendern, davon drei Stück auf der Grünanlage an der Alten Radrennbahn am Bolbrinker, zu verwenden.

Über diesen Vorschlag wird anschließend kontrovers diskutiert, insbesondere über die generelle Notwendigkeit von Hundekotbeutel Spendern, über eine mögliche Ausstattung mit biologisch abbaubaren Beuteln und vor allem auch darüber, dass die Mittel nicht nur dafür investiert werden sollten, sondern dass auch Gadderbaumer Spielplätze bedacht werden müssten.

Herr Brunnert macht daraufhin den Vorschlag, einen Teil der Mittel in die anvisierten drei Hundekotbeutelspender am Bolbrinker zu investieren und den Rest für die Finanzierung eines Spielgerätes auf einem Gadderbaumer Spielplatz zu verwenden.

Frau Pfaff bittet im Übrigen darum, Anfang des nächsten Jahres eine projektbezogene Sitzung „Grün“ zu initiieren, damit frühzeitig über eine Verwendung der bezirklichen Grünmittel beraten werden könne.

Sodann ergeht folgender

**Beschluss:**

**Die Bezirksvertretung Gadderbaum beschließt, die sog. kleinen bezirklichen Grünmittel i.H.v. 1.338 Euro wie folgt zu verwenden:**

- 1. Anschaffung von drei Hundekotbeutel Spendern im Wert von 803 Euro, die in der Grünanlage an der Alten Radrennbahn am Bolbrinker aufgestellt werden sollen sowie**
- 2. Finanzierung eines Spielgeräts im Wert von bis zu 535 Euro für Kinder auf einem beliebigen Gadderbaumer Spielplatz.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-